



Stiftung
Asienhaus



philippinenbüro e.V.
im Asienhaus

Blick Wechsel

Mai 2021



Klimagerechtigkeit ist kein Terrorakt, sondern ein Grundrecht

Von Karin Louise Hermes

„Climate Justice Now!“ – „Klimagerechtigkeit, jetzt!“ ist zum globalen Motto der Klimaaktivist*innen geworden. Es geht nicht nur darum aufzuzeigen, dass die Klimakrise zu überwinden uns alle angeht, sondern auch, die kolonialen Wechselwirkungen der Ungerechtigkeit in dieser Krise und deren Bekämpfung mitzudenken. Die Philippinen sind als Inselstaat durch immer wieder auftretende Extremwetterphänomene wie Taifune und steigende Meeresspiegel besonders stark von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen,¹ weswegen philippinische Klimaaktivist*innen in ihrer prekären Lage bereits dringliche Appelle und Aktionen hervorbrachten, von denen man sich auch in Deutschland einiges an Strategien und Optimismus abgucken kann.

Laut dem *Global Witness Report* belegen die Philippinen 2019 wieder einen der obersten Plätze bei den Ermordungen von Umweltschützer*innen oder *Environmental Defenders*. Immerhin erneut an

zweiter Stelle nach Kolumbien, und, wie schon zuletzt 2017, zweitplatziert hinter Brasilien. Die 43 Morde waren dennoch wieder weitaus mehr als die 30 Ermordungen im Jahr 2018.



Viele hunderte junge Klimaaktivist*innen beteiligten sich am ersten global youth climate strike wie hier in Metro Manila am 24. Mai 2019. In den philippinischen Städten Cebu, Davao, Iloilo, Koronadal, Bacolod, General Santos, Tacloban, Antipolo, Pangasinan und Bulacan sowie weltweit fanden ebenfalls große Klimastreiks statt. Die philippinischen Klimaaktivist*innen forderten die Duterte-Regierung auf, zügige und ehrgeizige Maßnahmen als Antwort auf die Klimakrise zu ergreifen, da die Philippinen weltweit mit am meisten von den Auswirkungen des Klimas betroffen sind. (Foto: Jefferson Estela)

Was das philippinische Anti-Terror Gesetz für die Klimabewegung bedeutet

Environmental Defenders, Environmentalists, Climate Activists, die Bezeichnungen wandeln sich über die Jahrzehnte, jedoch sind für die ländlichen und oft indigenen *Environmental Defenders* oder *Land/Water Protectors* die Übergänge von Klimaschutz und Schutz zur Verteidigung des traditionellen indigenen Wohnraums fließend. Wenn junge Klimaaktivist*innen in Deutschland oder generell im globalen Norden auf Demonstrationen mit Plakaten wie „Climate Justice Now“, also „Klimagerechtigkeit, jetzt“, auftreten und als „Klimaaktivist*innen“ große Reden halten, sollten diese sich im Klaren sein, wie es in anderen Ländern wie in den Philippinen teils nicht einmal möglich ist, sich öffentlich mit dem eigenen Namen gegen die Klimakrise zu stellen. Ähnliche Punkte hatte ich schon in den letzten Jahren in Workshops oder Reden dargestellt: wie Online-Aktivismus manchmal das einzige Mögliche ist, oder wie sogar Hologramm-Projektionen von Aktivist*innen herhalten müssen, wenn man sich nicht physisch treffen kann. Während

der COVID-19-Krise sind diese Strategien auch für europäische Aktivist*innen zulässig und von Interesse. In den Philippinen protestierte man aber schon vorher digital, um das Risiko einer Festnahme zu minimieren.

Seitdem der philippinische Präsident Rodrigo Duterte und seine Regierung das Anti-Terror Gesetz im Juli 2020 verabschiedeten und dieses in Kraft trat, ist es nun noch gefährlicher Aktivist*in zu sein, als es bereits vorher war. Denn jetzt gilt auch für alle weiteren Aktivist*innen sowie außerhalb der ländlichen Gebiete und in Menschenrechtsorganisationen tätigen Personen, unter Terrorismusverdacht zu geraten. Bisher waren Menschenrechtsaktivist*innen aber auch ländliche Arbeiter*innen und insbesondere die Lumad, die indigene Bevölkerung der Südinself Mindanao, schon gezielt Opfer des „Red-tagging“ geworden – der Anschuldigung, kommunistische Aufstände gegen die philippinische Regierung und Grundordnung zu planen. Mit dem Anti-Terror Gesetz, welches so vage und umfassend formuliert ist, kann wirklich jede*r mit „Kritik“ an Plänen oder Gesetzgebung der Regierung – inklusive gegen das Anti-Terror Gesetz an sich – als „Terrorist*in“ gelten.



Die kolonialen Kontinuitäten der Ressourcenausbeutung

Sich gegen hydroelektrische- oder Kohlekraftwerke, Öl-Pipelines, Bergbauaktivitäten, Plantagen, Abholzung und für das Recht auf das eigene unversehrte Land der Ahnen und gegen die Folgen der Klimakrise einzustehen, bedeutet sich oft gegen ein multinationales Unternehmen mit Regierungsunterstützung zu stellen. Weltweit, in Lateinamerika, Asien, Afrika, aber auch in Nordamerika und zuletzt in Rumänien, wird man bei Protest gegen diesen Landraub als Umweltschützer*in von Konzernen und Regierungen aus dem Weg geräumt oder verschwunden gelassen. Schon im März 2018 landete die Sonderberichterstatterin für indigene Rechte der Vereinten Nationen, Victoria Tauli-Corpuz, auf der Terrorliste der philippinischen Regierung, eine indigene Frau der Kankana-ey-Igorot aus der Cordillera Region der Philippinen. Schon 2018 war es wichtig, diese Zusammenhänge für indigene Rechte und Frauenrechte mit den Auswirkungen der Klimakrise auch in deutschen Klimakontexten sichtbar zu machen.

Der deutsche Klimaaktivismus fängt jetzt erst langsam an auf die kolonialen Zusammenhänge und die Ausbeutung der Ressourcen im globalen Süden aufmerksam zu werden. Es gibt aber noch

viele, die meinen sich für ein gesundes Klima einzusetzen, ohne diese Zusammenhänge und die Bedeutung von Antirassismus, Antikolonialismus und antikapitalistischen Forderungen verstehen zu wollen. Oft heißt es dann, jene Forderungen seien zu utopisch oder zu sehr am Thema vorbeigedacht. Wie COVID-19 aber aufzeigt: Auch deutsche Verbraucher*innen sind von Lieferketten abhängig, an deren Ende oft niedriglohnende Arbeiter*innen des globalen Südens ihren Lebensunterhalt bestreiten müssen. Das jüngst entworfene Lieferkettengesetz der Bundesregierung ist nicht ausreichend konzipiert, um Menschenrechtsverletzungen und Klimazerstörung entlang der gesamten Wertschöpfungskette und besonders an ihrem Ursprung zu verhindern. Die Debatte über Klimagerechtigkeit muss diese mit einbeziehen.²

Klimaaktivismus in der Diaspora und den Philippinen

Es ist zwiespältig, sich in Anbetracht dieser oft auseinandergehenden Interessen und Strategien in der deutschen Klimabewegung einzusetzen, mit Forderungen, welche die Bevölkerung in den Philippinen und die aktuellen und schon langjährigen Folgen der menschengemachten Klimakrise in den Vordergrund stellen. Nicht nur weil es offensichtlich wichtig ist, sich für

*Kohlenstoffspeicher
Bambuswald im Inneren
von El Nido, Palawan.
(Foto: Karin Louise Hermes)*

jene Menschen einzusetzen, die jetzt schon – und nicht erst in Future oder nur an Fridays – mit den Folgen des Klimawandels zu kämpfen haben, sondern weil manche dieser Menschen, die dort leben, auch Familienangehörige sind. Dass in Deutschland Migrant*innen leben, die sich auch hier aktiv für die Menschen im „Heimatland“ einsetzen, passt nicht immer in die Annahmen einer „apolitischen“ oder ethnozentrischen weißdeutschen Sicht des Klimaprotests: Entweder hilft man sich erstmal selbst in Deutschland, bevor die Klimakrise sichtbar wird, oder man kann den Menschen in den Philippinen in entwicklungsdienstlicher Hinsicht dabei helfen, sich zu retten. Einen Blickwinkel, der eigene Handlungsmöglichkeiten und Stimmen des globalen Südens lauter werden lässt, verdirbt häufiger sogar den „Spaß“ am Protest. Auf Klimaprotesten habe ich erlebt, dass meine Darstellungen zu Supertaifun Haiyan zu emotional und deprimierend seien, oder ich darf diese Reden zwar ruhig halten, aber nur um für die Kampagne mehr Leute mit der Story ins Boot zu holen. Jefferson Estela, Klimaaktivist für Youth 4 Climate Philippines, drückte seine

Frustration über die Erwartungen der globalen Klimabewegung mir gegenüber so aus: „Leute erwarten von uns so vieles zu tun und zu schaffen, aber wenn wir um Unterstützung bitten, erhört uns niemand.“

Da das philippinische Anti-Terror Gesetz auch die Diaspora miteinbezieht und durch den eigenen Aktivismus in Deutschland Familienangehörige vor Ort in den Philippinen gefährdet werden können – abgesehen davon, eine Rückreise mit Festnahme zu riskieren – mag man es nicht mal mehr müde belächeln, wenn die Klimademo in Deutschland mit Kunstblut und Galgenmännchen spielt. In den Philippinen sterben die Menschen nicht nur jetzt schon an den Folgen der Klimakrise, sondern auch, weil sie sich für das Klima und gegen Umweltzerstörung eingesetzt haben. Es ist schwierig den Ernst der Lage zu vermitteln, wenn es im globalen Norden „Extinction Rebellion“ heißt, aber diese „Extinction“ oder „Auslöschung“ und „Vernichtung“ schon vor Jahrhunderten mit der Kolonialisierung eingesetzt hat. In Deutschland mögen sich insbesondere weiße Klima-

*Klimaproteste vor der Commission on Human Rights (Metro Manila), am Liwasang Diokno Denkmal.
(Foto: Youth Strike 4 Climate Philippines)*





Supertaifun Yolanda/Haiyan zerstörte im November 2013 weite Teile der Visayas Region und trieb ganze Frachtschiffe ins Landesinnere. Die Stadt Tacloban in Leyte befindet sich seither im Wiederaufbau. Das Schiffswrack in Tacloban erinnert täglich an die verheerenden Auswirkungen des Klimawandels und ist Mahnmal zugleich. (Foto: Lisa Opambo Hölscher)

aktivist*innen in Sicherheit und Freiheit wiegen, ihren Aktivismus auszuführen, ohne dabei von einer geheimen Staatspolizei bespitzelt oder aufgrund von Posts in den Sozialen Medien als Terrorist*in verdächtigt zu werden. In den Philippinen ist das jedoch die Realität und der Aktivismus kann lebensgefährlich sein. Da erscheint es nicht zum Lachen, wenn sich hiesige Klimaaktivist*innen vor dem Brandenburger Tor am Galgen fotografieren lassen.

Junge Klimaaktivist*innen in den Philippinen wie Jefferson sind dennoch optimistisch und eifrig dabei in Zusammenarbeit mit denen im globalen Norden und weltweit in ihren Klimastreiks und -aktionen mitzuwirken. Besonders in Zeiten der COVID-19-Pandemie und den landesweiten Lockdowns oder Versammlungsverboten, rücken diese Klimaaktivist*innen mit ihren Zielen und Strategien zusammen, da sich vieles jetzt grundsätzlich im Internet virtuell abspielt. Wegen der abgesagten und aufgeschobenen Klimakonferenz COP26, aber auch aus Trotz gegen die Formalitäten und der Zusammensetzung aus der Mittelklasse und weißen Menschen aus dem globalen Norden als Klimabewegung, haben sich junge Klimaaktivist*innen zu einer „Mock“ oder gespielten alternativen COP26 im Dezember 2020 entschieden. Diese virtuelle Konferenz erlaubte 350 Delegierten teilzunehmen, wovon 70% aus dem globalen Süden stammen, die sonst nur eingeschränkt eine Stimme und Sichtbarkeit in solchen internationalen Foren erhalten. Unter anderem sprach die philippinische Klimaaktivistin Mitzi Tan darüber, dass diese auch eine aktive Rolle in der globalen Problemlösung gegen die Klimakrise einnehmen können, statt „nur traurige Geschichten und Statistiken“ darzustellen.

Klimagerechtigkeit heißt auch globale Kapitalismuskritik

Die Verbindungen zwischen einer globalen Klimagerechtigkeitsbewegung und einer antikolonialen/-kapitalistischen Bewegung müssen deutlicher gemacht werden, um diese zu bekämpfen. Der immer fortwährende Konsum und Profit der globalen Konzerne, wie in den Berichterstattungen von *Global Witness* dargestellt, ist eindeutig mit der Ausbeutung und dem Mord an indigenen und ländlichen Umweltschützer*innen in den Philippinen verknüpft. Jene Umweltschützer*innen beschützen das Land und somit das Klima vor einer Verschlimmerung der Krise, dennoch stehen sie einem großen Risiko gegenüber von der Regierung und den profitierenden Unternehmen, die die Klimakrise verursachen, aus dem Weg geräumt zu werden.

Auch die Zusammenhänge der Lieferketten stellen die Morde an Klimaschützer*innen im globalen Süden in die direkte Verantwortung des globalen Nordens. Außerhalb der konkreten klimaschädigenden Unternehmen in Kohlekraftwerken, Minen und Abholzungen, sind Del Monte und Dole Philippines,³ die beiden Plantagenanbauer für Bananen und Ananas, sowie die Weltbank in die Morde an philippinischen Umweltschützer*innen mit involviert. Die Ananas von Del Monte wird hauptsächlich in die USA exportiert. Im späten 19. Jahrhundert wurden im Zuge des spanisch-amerikanischen Krieges die Philippinen von den USA kolonialisiert, wonach diese den philippinisch-amerikanischen Krieg auslösten. Zeitgleich waren es auch die USA und unter anderem die Dole-Plantagenbesitzer*innen, die 1893 das Königreich auf Hawai'i umstürzten und ebenfalls unrechtmäßig als annektiert anerkannten. Diese kolo-



Klimaproteste am Mendiola Arch (Metro Manila) im November 2019, kurz nachdem der Taifun Tisoy die Philippinen verwüstete. (Foto: Youth Strike 4 Climate Philippines)

nialen Verknüpfungen können nicht als Vergangenheit abgetan werden. Synchron sind die Exporte an Plastikmüll und Elektroschrott des globalen Nordens in Länder des globalen Südens wie die Philippinen der entgegengesetzte Kreislauf. In beiden Kreisläufen aber profitiert der globale Norden an der Ausbeutung des globalen Südens und der indigenen Bevölkerung. Konzerne wälzen gerne die Pflicht auf die Konsumierenden ab, sich für den nachhaltigen Konsum und die Wahl zu „Fair Trade“ oder „unverpackt“ zu entscheiden, statt dass man sich gegen jene ausbeutenden Großkonzerne stellt und diese anprangert. Jedoch muss sich jede*r im globalen Norden beim Kleingedruckten zur Nachhaltigkeit und bei der Wahl zu „Fair Trade“ gründlich überdenken, was hinter dem Greenwashing an „unsichtbarer“ kolonialer Ausbeutung doch noch drinsteckt.

Solidarische Handlungsmöglichkeiten, jetzt!

Dass man es den Ländern des globalen Südens selbstüberlässt sich aus den Klimakrise zu retten, ist anhand der kolonialen Verknüpfungen eine Zumutung. Gleichzeitig ist es auch ein Zeichen der großen Handlungsfähigkeiten und innovativen Möglichkeiten, die den Menschen in den Philippinen in Anbetracht der Dringlichkeit zur Verfügung stehen: Klimaklagen gegen die Klimawandelverursacher der Ölkonzerne⁴ und Plastik-Lobbyisten, oder Ressourcenmanagement und Anpassungsstrategien z.B. zur Ernährungssicherheit anhand von indigenem Wissen und den lokalen Akteur*innen.

Die jungen Klimaaktivist*innen Jefferson und Mitzi in den Philippinen finden in globalen Foren jetzt mehr Gehör und können hier unterdessen von ihren Perspektiven erzählen, „tage-lang in der Dunkelheit im Kerzenschein dem batteriebetriebenen Radio Sturmhinweisen zu lauschen“, aber auch von ihren Errungenschaften multinationale Konzerne für die Verantwortung an die Klimakrise anzuprangern. Mitzi betont mit diesen Aktionen wie der Klage an die philippinische Menschenrechtskommission 47 Konzerne zur Rechenschaft zu bringen, dass die Klimaaktivist*innen „nicht in unseren Klassenzimmern bleiben werden, wenn unser Land und Filipin@s so offensichtlich bedroht werden.“ Wer sich Klimagerechtigkeit auf die Protestschilder malt, sollte auch Klimagerechtigkeit für alle einfordern. So wie COVID-19 nicht vor Grenzen Halt macht, ist die Klimakrise ebenfalls den nationalstaatlichen und europäischen Grenzen überlegen.

Endnoten

- 1 Amnesty International UK (2020): Philippines country most at risk from climate crisis (<https://www.amnesty.org.uk/philippines-country-most-risk-climate-crisis>)
- 2 Initiative Lieferkettengesetz (2021): Menschenrechts-Risiken in Lieferketten: Gesetzentwurf der Bundesregierung unterläuft internationale Standards (<https://lieferkettengesetz.de/pressemitteilung/gesetzentwurf-unterlaeuft-internationale-standards/>)
- 3 Global Witness (2019): Agribusiness including Del Monte Philippines' growers implicated in violent attacks against indigenous groups (<https://www.global-witness.org/en/campaigns/environmental-activists/agribusiness-including-del-monte-philippines-growers-implicated-in-violent-attacks-against-indigenous-groups/>)
- 4 Savaresi, Cismas, Hartmann (2018): Why the world is looking to the Philippines for climate justice (<https://theconversation.com/why-the-world-is-looking-to-the-philippines-for-climate-justice-91792>)

Die Autorin

Karin Louise Hermes ist philippinisch-deutsche Doktorandin an der Humboldt-Universität zu Berlin und forscht zu indigenen Landbeziehungen und Klimagerechtigkeit in Hawai'i. Ihren Master absolvierte sie in Pazifikstudien an der University of Hawai'i at Mānoa sowie ihren Bachelor in Ethnologie und Soziologie an der Universität Heidelberg. Neben ihrer Dissertation in der Amerikanistik schreibt sie zu Klimagerechtigkeitsthemen im globalen Süden und über indigene Rechte, insbesondere in den Philippinen und in Ozeanien. Aufgewachsen ist sie in Indonesien, Papua-Neuguinea und den Philippinen, bis sie mit 16 nach Deutschland migrierte.

Das philippinenbüro e. V.

Das philippinenbüro ist ein unabhängiges, soziopolitisches Informationszentrum. Unsere Aufgabe ist es, Interessierten aktuelle gesellschafts- und entwicklungs-politische Hintergründe und Zusammenhänge zu den Philippinen aufzuzeigen. Neben der Informations- und Bildungsarbeit zu aktuellen Entwicklungen in den Philippinen, vermittelt das Büro Kontakte in die Philippinen.

Die Stiftung Asienhaus

Die Stiftung Asienhaus folgt dem Leitbild »Menschen verbinden, Einsichten fördern, Zukunft gestalten« und trägt dazu bei, Brücken zwischen Zivilgesellschaften in Asien und Europa zu bauen. Sie setzt sich ein für die Verwirklichung der Menschenrechte, für die Stärkung gesellschaftlicher und politischer Teilhabe, sowie für soziale Gerechtigkeit und den Schutz der Umwelt.

Impressum

Redaktion:

Mirjam Overhoff & Hannah Wolf

V. i. S. d. P.:

Mirjam Overhoff
philippinenbüro e. V.
Hohenzollernring 52
50672 Köln (Germany)
Tel.: +49-221-716121-21
philippinenbuero@asienhaus.de
www.philippinenbuero.de

Gesamtausstattung:

Zaadstra Design
(www.zaadstra.design)

Dieses Werk ist unter der Creative-Commons-Lizenz 4.0 (CC BY-SA 4.0) veröffentlicht.

Gefördert von Engagement Global im Auftrag von:



MISEREOR
IHR HILFSWERK

Brot für die Welt mit Mitteln des
Kirchlichen
Entwicklungsdienstes

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein das philippinenbüro verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.